

VOLKSBLATT SPLITTER

Stones ein Mutter-Vater-Betrieb

NEW YORK – Rolling-Stones-Gitarrist Keith Richards hat die Rollenverteilung zwischen ihm und Mick Jagger mit einem Elternpaar verglichen. Wenn die Stones ein Mutter-Vater-Betrieb wären, wäre Mick Jagger die Mutter, sagte Richards der amerikanischen Zeitschrift «Newsweek». Jagger stehe schon am Morgen mit einem Tagesplan auf: «Wen er anrufen wird, was er essen wird, wo er hingehet.» Er selbst sei ganz anders, sagte Keith Richards. «Ich wache auf, danke Gott und Sorge dafür, dass die Telefone ausgestellt sind.» (AP)

Pamela doch neu verliebt?

NEW YORK – Zwischen Tommy Lee und Pamela Anderson läuft doch wieder was, – sagt zumindest der 42-Jährige. Sie seien beide total verliebt, wird der Hardrocker vom Magazin «People» zitiert. «Wir lassen die Dinge langsam angehen und sehen, wie sie sich entwickeln.» Mötley Crüe-Bassist Nikki Sixx sagte dem Magazin, Lee und Anderson seien wie Liz Taylor und Richard Burton, die zwei Mal miteinander verheiratet waren. Anderson hatte Gerüchten über eine neue Beziehung mit ihrem Exmann vergangene Woche eine klare Absage erteilt. Bei den Fotos, die das geschiedene Paar vertraut miteinander zeigten, gehe es nur um PR für Lees neue Show, betonte Anderson. (AP)

Fione Swarovski kündigt Heirat mit Minister Grasser an

WIEN – Die Millionenerbin Fiona Swarovski und der österreichische Finanzminister Karl-Heinz Grasser schmieden Hochzeitspläne. «Wir werden uns sehr bald das Jawort geben», zitierte die Tageszeitung «Kurier» die Designerin des Schmuck- und Kristall-Konzerns, wie die österreichische Nachrichtenagentur APA am Dienstag berichtete. Das Paar war am Sonntag bei der «Traviata»-Premiere in Salzburg. (AP)



Reulge Jackson-Geschworene

LOS ANGELES – Knapp zwei Monate nach dem Freispruch für Popstar Michael Jackson haben zwei Mitglieder der Jury die Entscheidung öffentlich bedauert. In einer Talkshow des US-Fernsehsenders MSNBC erklärten die Geschworenen Eleanor Cook und Ray Hultman am Montagabend (Ortszeit), sie hielten Jackson des Kindesmissbrauchs für schuldig. Dem Freispruch hätten sie nur zugestimmt, weil der Obmann der Geschworenen gedroht habe, sie andernfalls aus der Jury auszuschliessen, und weil ihre Gegenstimmen sowieso nichts am Ergebnis geändert hätten. (AP)

«Nur ein Schluckauf ...»

IAEA vertagt Iran-Krisenrunde bis heute Mittwoch – Keine Einigung

WIEN – Nach der Wiederaufnahme der umstrittenen Nuklear-Aktivitäten im Iran hat die UNO-Atombehörde IAEA gestern auf einer Sondersitzung um eine gemeinsame Haltung gerungen. Die Verhandlungen wurden aber bereits am frühen Abend auf heute Mittwoch vertagt.

Die EU versuchte gestern vergeblich, die Vertreter der 35 Mitgliedsländer des IAEA-Gouverneursrats hinter ihre Iran-kritische Resolution zu bringen. Darin sollte der Iran nach Angaben von Diplomaten aufgerufen werden, seine Aktivitäten zur Uran-Konversion in Isfahan einzustellen und die Verhandlungen mit der EU fortzusetzen.

Vor allem die Vertreter der blockfreien Nationen Südafrika, Malaysia und Brasilien lehnten eine zu deutliche Verurteilung Teherans ab. Sie sehen in der Kritik an den Iran auch einen Angriff auf das im Atomwaffensperrvertrag verbrieftete Recht aller Unterzeichnerstaaten auf ein ziviles Atomprogramm.

Mehrere Mitgliedsländer in dem 35-köpfigen IAEA-Gouverneursrat warnten nach Angaben von Diplomaten davor, den Iran ähnlich wie Nordkorea zu isolieren. Aus Diplomatenkreisen hiess es, China, Russland und Südafrika arbeiteten an einem Entwurf, der dem Iran



IAEA-Chef Mohamed El Baradei (links) rief am Rande der Sitzung zu einem «Maximum an Vorsicht» auf.

die Uran-Konversion erlauben würde.

Aufruf zur Vorsicht

Die EU-3 hatten das IAEA-Krisentreffen beantragt, nachdem Teheran einen europäischen Kompromissvorschlag zur Beilegung des Streits abgelehnt hatte. Der Gouverneursrat trifft seine Entscheidungen üblicherweise einstimmig. Die Beratungen könnten daher bis zum Donnerstag andauern. IAEA-

Chef Mohamed El Baradei rief beide Seiten am Rande der Sitzung zu einem «Maximum an Vorsicht» auf. Er bestätigte, dass der Iran mit den Vorbereitungen zur Uran-Konversion begonnen habe. Er hoffe aber, dass die gegenwärtige Krise «nur ein Schluckauf im Prozess, nicht aber ein ständiger Bruch» sei.

Der Iran will sich nicht beugen

Teheran bekräftigte gestern erneut, dass es sich dem internationalen

Druck nicht beugen werde. Sein Land werde «zu keinem Zeitpunkt den Rückwärtsgang einlegen», sagte der iranische Verteidigungsminister Ali Schamchani. Am Abend meldete sich dann auch der neue iranische Präsident Mahmud Ahmedinadschad zum ersten Mal zu Wort: Er werde «neue Vorschläge und Initiativen» nach der Bildung seiner Regierung in etwa zwei Wochen vorlegen. Weiteren Verhandlungen stehe damit nichts im Wege. (sda)

Tiefgreifende Änderungen

London-Press: Regierung prüft Vorverfahren für Terrorverdächtige

LONDON/ROM – Die britische Regierung prüft nach den Terroranschlägen in London tiefgreifende Änderungen in der Strafprozessordnung. Dies berichteten die Zeitungen «The Guardian» und «Times» unter Berufung auf Pläne aus dem Innenministerium.



In London prüft man nach den Terroranschlägen eine neue Strafverfolgungsordnung, was auch seitens der Londoner Polizei gefordert wird.

Die Entscheidung, wie lange ein Beschuldigter ohne Anklage festgehalten werden darf, solle künftig nur noch von einem Richter mit besonderer Sicherheitseinstufung und ohne die sonst üblichen Geschworenen getroffen werden, hiess es in den Berichten am Dienstag.

Damit sollten gleichzeitig Forderungen der Polizei Rechnung getra-

gen werden, Verdächtige bis zu drei Monate ohne Anklage festzuhalten.

Bisher ist dies zwei Wochen lang erlaubt.

Für Grossbritannien wäre dieses Verfahren, das sich nach den Zeitungen an der Praxis in Frankreich orientiert, die Abkehr von einer jahrhundertalten Tradition.

Premierminister Tony Blair hatte vergangene Woche bestätigt, dass die Regierung neue Prozessregeln prüft, die im Kampf gegen islamistische Extremisten eine Art Vorverfahren erlauben würden. Laut «Guardian» hätte der Sonderrichter für seine Entscheidung Zugriff auf vertrauliche Geheimdienst-Erkenntnisse. Die Angeklagten könnten nur von Anwälten mit hoher Sicherheitseinstufung vertreten werden. Diese wären nicht berechtigt, ihren Mandanten mitzuteilen, aufgrund welcher Beweise sie festgehalten würden. (sda)

ANZEIGE

VOLKSBLATT

GÜNSTIGER GEHT'S NICHT

Politik – Wirtschaft – Sport – Kultur
Bei uns ist alles im Preis inbegriffen

Jetzt das
VOLKSBLATT
abonnieren
13 Monate für CHF 209.-

Die günstigste Tageszeitung Liechtensteins

Anrufen und bestellen 237 51 41

Profitieren Sie als
-Abonnent
von Vorzugspreisen

«Qual mit der Wahl»

Gericht verhandelt über Wahl-Klage

BERLIN – Das deutsche Verfassungsgericht hat gestern mit der Verhandlung über die vorgezogene Bundestagswahl begonnen. Zwei Abgeordnete hatten gegen die Neuwahl geklagt.

Der Vorsitzende des zuständigen Gerichts-Senats, Winfried Hassemer, verwies zu Beginn der Verhandlung in Karlsruhe auf die schwierige Ausgangslage. Es gehe um ein «komplexes Geflecht fremder Einschätzungen». Es müsse auch nach Sinn und Zweck von Bestimmungen gefragt werden. Allerdings fügte Hassemer am Abend zum Abschluss der mündlichen Verhandlung an: «Vorsicht, es könnte sein, dass es schnell geht.»

Einen Termin für die Entscheidung nannte er nicht. Dieser werde festgesetzt, wenn das Gericht in seinen internen Beratungen zu einem Entschluss gekommen sei. «Es spricht alles dafür, dass wir mit einem positiven Entscheid rechnen können», sagte Innenminister Otto Schily abschliessend. «Eine rasche Entscheidung wäre im Sinne der Sache», fügte Schily hinzu. Kläger sind die SPD-Abgeordnete Jelena Hoffmann und der Grünen-Parlamentarier Werner Schulz. Hoffmann verband ihre Klage gegen die Neuwahl mit scharfer Kritik an Bundeskanzler Schröder. «Die Stimmung für Neuwahlen war von oben erzeugt und ging nicht vom Volk aus», sagte sie vor Gericht. (sda)

++++ Zu guter Letzt...++++

Tunnel gegraben und Millionen erbeutet

FORTALEZA – Beim grössten Bankraub in der Geschichte Brasiliens haben die Täter in filmreifer Art mindestens 81 Millionen Franken erbeutet. Die Räuber hatten einen 80 Meter langen Tunnel zur Filiale der Zentralbank in Fortaleza gegraben.

Ihren Coup hatten sie in monatelanger Präzisionsarbeit vorbereitet: Zum Schein eröffneten sie im März ein Blumengeschäft in der Nähe und gruben von dort aus in vier Metern Tiefe einen Tunnel zum Tresorraum. Dank dem «Blumenladen» konnten sie grosse Mengen Erdreich fortschaffen, ohne

Misstrauen zu erwecken. Am Wochenende durchbrachen die Gangster dann den etwa 1,10 Meter dicken Boden des Tresorraums. Der Raum sei mit Bewegungsmeldern und Überwachungskameras ausgestattet, doch seien diese nicht aktiv gewesen, erklärte die Polizei. Sie vermutete daher, dass die Täter Komplizen in der Bank gehabt haben müssen. (sda)

